

Dauerbaustelle Bildung- und Hochschulpolitik

Mal wieder nur Versprechungen statt Taten!



SchülerInnen protestieren gegen Studiengebühren in Niedersachsen.

Es ist wieder soweit, dass Wintersemester startet und viele junge Menschen beginnen einen neuen Lebensabschnitt mit der Aufnahme ihres Studiums. Doch was haben sie und die Hochschulen zu erwarten? Seitens der CDU-FPD-Landesregierung wurde die niedersächsische Hochschul- und Wissenschaftspolitik bisher nur mit verbalen Erklärungen anstatt mit tatkräftigen Maßnahmen angefasst.

„Bolognese“ statt Qualität in der Hochschullehre

Seit fast zehn Jahren befinden sich die deutschen Hochschulen in der größten Hochschulreform seit knapp 200 Jahren, dem Bologna-Prozess (BP). Die Ziele des Bologna-Prozesses werden jedoch an den Hochschulen durch eine unzureichende Diskussion über Ziele, Inhalte und Struktur des Studiums zunehmend konterkariert. Eine inhaltliche Überfrachtung der in der Regel sechssemestrigen Bachelorstudiengänge und zunehmende Prüfungslast auf Seiten der Lernenden aber auch Lehrenden und ein schlechtes Betreuungsverhältnis zwischen Lernenden und Lehrenden ist an den meisten Hochschulen Regel statt Ausnahme. Die Verdichtung des Studiums mit Anwesenheitspflicht und Prüfungslast führt zur Erhöhung der Studienabbruchquoten. Nach einer aktuellen Studie vom Hochschulinformationssystem (HIS) gab jeder fünfte Studierende sein Studium vor dem Abschluss auf, unter den BA-Studierenden sogar jeder vierte. Exemplarisch wird diese Tatsache, wirft man einen

Blick auf eine studentisch organisierte Studierbarkeitsstudie an der HU Berlin (<http://www.studierbarkeit.de/>).

Dies alles geschieht vor den Augen der Landesregierung, welche durch massive Kürzungen bzw. Abbau von Kapazitäten an den Hochschulen (dem sogenannten „Hochschuloptimierungskonzept“) die Hochschulen zwingt, eine „Studienreform light“ umzusetzen. So veranschlagt das Wissenschaftsministerium Niedersachsens in ihrer „Billigkalkulation“ für den Hochschulpakt gerade einmal durchschnittlich 4.260 Euro jährlich für einen Studienplatz aufwenden, während die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) von mindestens 7.300 Euro ausgeht (s. Pressemitteilung der Grünen Landtagsfraktion vom 27.05.2008). Bis 2010 will Niedersachsen 11.200 neue Studienplätze schaffen. Zwei Drittel dieser Plätze sollen in den „kostengünstigeren“ Fachhochschulen durch Absenkung der Curricularen Normwerte entstehen. Ferner sollen Studienplätze in den Natur- und Ingenieurwissenschaften geschaffen werden.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses kommt es zu einer Dreiteilung des Studiums. Fortan soll der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss (Regelabschluss) gelten, der Master dient dazu, das erworbene Wissen zu vertiefen (Spezialisierung) sowie den Weg zur wissenschaftlichen Laufbahn zu eröffnen. Am Ende steht die dritte Stufe, die Promotion. Die so neu eingezogenen Stufen führen zu einer erhöhten sozialen Selektion, denn durch die Festlegung

des Bachelor als Regelabschluss und die Festlegung von Übergangsquoten zwischen Bachelor und Master (zwischen 20 und 50 Prozent der BA-Absolvent/innen sollen in den MA aufgenommen werden) entsteht eine Zweiklassengesellschaft in den Hochschulen: „Massenstudium“ (BA) und „Spitzenstudium“ (MA) für eine kleine Elite. Hinzu kommt, dass auf Grund der divergierenden Umsetzungen in den 16 Bundesländern hinsichtlich der Länge und Struktur der BA- und MA-Studiengänge ein innerdeutscher Studien- bzw. Hochschulwechsel schwieriger ist als ein Auslandsaufenthalt. Weitergehend verhält sich der Arbeitsmarkt eher zurückhaltend gegenüber den neuen Abschlüssen.

(s. http://www.his.de/pdf/pub_kia/kia200504.pdf, http://www.his.de/pdf/pub_kia/kia200503.pdf).

Die einzige Alternative zur Anpassung der Studienstrukturen an ein schematisches BA-MA-Modell ist eine wirklich qualitative Studienreform, die aber ohne eine bessere Betreuung durch zusätzliches wissenschaftliches Personal in der Lehre kaum möglich ist. Daher fordert die GEW dringend eine Qualitätsoffensive für die Lehre, das heißt: bessere Betreuung und kleinere Lerngruppen durch mehr Lehrpersonal. Darüber hinaus muss die Qualität des Studiums und die sogenannte Berufsbefähigung einem kontinuierlichen Diskurs zwischen Lehrenden und Lernenden sowie Gewerkschaften und Arbeitgebern, als Vertreter der beruflichen Praxis, unterworfen werden. Nur vor diesem Hintergrund kann die grundlegende Frage nach Struktur und Aufgabe von Hochschulbildung für und in der Gesellschaft beantwortet und soziale Ausgrenzung zur Geschichte gemacht werden!

Lehramtsstudium ohne Perspektive

Besonders katastrophal ist die Lehramtsausbildung in Deutschland organisiert, die von kleinstaatlichem Denken und Verhalten der politisch Verantwortlichen geprägt ist: 16 Bundesländer = 16 verschiedene Schul- und entsprechende Lehramtsstrukturen. Von einer einheitlichen Grundausbildung kann in diesem Zusammenhang mitnichten gesprochen werden. Auch für die allseits zitierte und durch den Bologna-Prozess anvisierte Erhöhung der Mobilität ist diese Entwicklung eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung, denn durch die wenig bis gar nicht vergleichbaren Studienstrukturen wird ein Wechsel von Studierenden innerhalb eines Bundeslandes massiv erschwert und zwischen den Bundesländern zunehmend verunmöglicht.

Auch die berufliche Perspektive für Lehramtsstudierende ist schwierig zu bewerten, denn für Niedersachsen liegen keine verlässlichen, öffentlichen Zahlen vor, wie viel und vor allem welche Nachwuchslehrer/innen benötigt werden. Ebenso liegen keine aussagekräftigen Zahlen über die BA-MA-Umstrukturierung der Lehrämter vor, wie

Foto: Sabine Kiel

Ohne Zweifel, sein Studium durch ein Stipendium zu finanzieren, dass wäre doch klasse! Die vielen Stiftungen, die Stipendien vergeben, können hier nicht näher beschrieben werden.

Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit der Hans-Böckler-Stiftung sowohl Studierende als auch DoktorandInnen durch Förderstipendien unterstützt. (<http://www.boeckler.de>)

jüngst die Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen bemerkte.

Doch die Zeit drängt, denn in den nächsten Jahren muss jede zweite Stelle im Schuldienst aus Altersgründen neu besetzt werden. Dies sind nach GEW-Berechnungen allein in Niedersachsen rund 36.000 Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den nächsten zehn Jahren. Hierfür reichen die Kapazitäten der 50 Studienseminare sowie die bisher von der Landesregierung angekündigten zusätzlichen Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (Referendariat) nicht aus, um landesweit die Unterrichtsversorgung zu sichern.

Deutschland Spitze in soziale Auslese!

Deutschland hat eines der selektivsten Bildungssysteme weltweit. Diese Aussage sollte vor dem Hintergrund von internationalen Studien wie IGLU, PISA, OECD und aktuell Eurostudent nicht verwundern. So liegt Deutschland weiterhin im internationalen Vergleich beim Anteil der Studienanfänger/innen sowie Hochschulabsolvent/innen weit abgeschlagen. Der Rückgang der Studienneigung zeigt sich auch bei den jährlichen Abiturient/innenbefragungen durch das Hochschul-Informationssystem (HIS) deutlich. Danach ist die „Intention“ zur Studienaufnahme von 73 Prozent (2002) auf 68 Prozent (2006) gesunken und nähert sich rasant dem Tiefstand von 1999 (66 Prozent). Diese Entwicklung braucht vor

Hochschulpakt

Die Bildungsexpansion der 1970er Jahre führte in (West-)Deutschland zu einem starken Anstieg der Studierendenzahlen. Diesem Anstieg wurde nicht mit einem hinreichenden Ausbau der Hochschulen begegnet, sondern die Länder sprachen davon, den Studentenberg „untertunneln“ zu wollen.

2005 berechnete die Kultusministerkonferenz (KMK) in einer Prognose, dass die Studierendenzahlen bis Mitte des kommenden Jahrzehnts (2012) auf bis zu 2,7 Millionen steigen. Hintergrund ist zum einen, dass die Studienneigung generell steigen soll. Zum anderen führen die doppelten Abiturjahrgänge durch Verkürzung der Gymnasialzeit („Abitur nach zwölf Jahren“) in zahlreichen Bundesländern zu kurzfristig höheren Studierendenzahlen.

Als Konsequenz der erwarteten höheren Studierendenzahlen haben sich Bund und Länder auf einen so genannten Hochschulpakt geeinigt. Hierdurch soll verhindert werden, dass der Studentenberg analog den 1970er Jahren erneut „untertunnelt“ wird. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, bis 2010 zusätzlich 90.000 Studienplätze bereit zu stellen. Die geringe finanzielle Ausstattung von durchschnittlich 5.000 Euro pro Jahr und pro Studierenden ermöglicht allerdings keine hochwertige Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern.

dem Hintergrund der fast flächendeckend eingeführten örtlichen Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus), von Studiengebühren, der häufig unklaren Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sowie das oft bürokratische Wirrwarr bei der Studieneinschreibung nicht zu verwundern. Diesen Trend bestätigt eine aktuelle Umfrage des HIS-Studie (s. http://www.his.de/presse/archiv_pm/ganze_pm?p_m_nr=326). So gab jede/r vierte Befragte an auf ein Studium wegen Studiengebühren bzw. der finanziellen Belastungen während des Studiums auf eben jenes zu verzichten.

Gerade in Niedersachsen mit seinen niedrigen Akademiker/innenzahlen und dem schon jetzt vorhandenen Fachkräftemangel ist der Handlungsbedarf besonders groß. Lediglich 29 Prozent eines Bevölkerungsjahrganges in Niedersachsen nehmen ein Studium auf, wie aktuell eine Studie des Statistischen Bundesamtes zum Ländervergleich der Bildungsindikatoren zeigt.

Immer noch stellt die Zahl derjenigen die ihr Studium nicht über den „normalen“ Weg aufnehmen, sondern über den sogenannten zweiten Bildungsweg im Rahmen einer Immaturenprüfung ihren Weg in die Hochschulen finden, eine vernachlässigbare Größe dar. Diese Tatsache macht es umso dringlicher, bestehende Barrieren insbesondere beim Übergang von der beruflichen Bildung zur Hochschule abzubauen. Die Gewerkschaften fordern aus diesem Grund, dass die Teilhabe an der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung nicht nur auf diejenigen beschränkt bleiben darf, die bereits Zugang haben, sondern ausgeweitet werden muss.

Was bringt der Merksche Bildungsgipfel?

In Niedersachsen hat die Landesregierung Planungssicherheit für Hochschulen und Studentenwerke beschlossen, was dies aber im Konkreten, vor allem finanziellen, heißt, bleibt jedoch unklar. Es scheint, dass die Verantwortlichen – zum zweiten Mal nach den 1980er Jahren – der Illusion unterliegen, einen „Studentenberg untertunneln“ zu können. Die, insbesondere im Hochschulpakt I, beschlossenen Mittel und Maßnahmen werden nicht reichen, um qualitativ gute Studienbedingungen zu schaffen, was eine weitere Ausweitung zulassungsbeschränkter Studiengänge befürchten lässt.

Nichts desto trotz reist die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) seit einigen Wochen durch die von ihr ausgerufene „Bildungsrepublik“. Zwölf Termine absolviert sie insgesamt, von der Kita bis zur Hochschule, von Hamburg bis zum bayerischen Deggendorf. Zwölfmal in Deutschland werden Wände gestrichen, Klassenzimmer herausgeputzt, Experimente vorbereitet. Jedes Mal wird ein Gruppenbild für den Abschied arrangiert, ein Klassenfoto wie in alten Tagen, die Großen nach hinten, die Kleinen nach vorne, Merkel mittendrin.

Schöne Bilder, aber leider keine konkreten Maßnahmen, sondern nur Absichtserklärungen.

Nachdem der Bund im Rahmen der Föderalismusreform seine Bildungskompetenzen an die 16 Bundesländer abgetreten hat, entdeckt die Kanzlerin aktuell das Thema „Bildung“ für sich. Mit welchem Ziel ist unklar. (Vor)Wahlkampf? Oder will sie die 16 Länder vor dem am 22. Oktober 2008 in Dresden stattfindenden Bildungsgipfel unter Druck setzen, um sie zu klaren Zusagen zur Bildungsfinanzierung zu bewegen? Konkrete Maßnahmen, vor allem zusätzliche finanzielle Mittel, um Bildungszugänge zu öffnen bzw. mehr Durchlässigkeit zu schaffen, wird es (mit großer Wahrscheinlichkeit) nicht geben.

In der aktuellen Diskussion um die Notwendigkeit einer umfassenden deutschen Bildungsreform zeigt sich mal wieder, dass Deutschland für das zukünftige Wirtschaftswachstum gut gebildete Menschen braucht. Doch aufgrund des demografischen Wandels mit insgesamt deutlich weniger jungen Menschen reicht es nicht, Kindern aus bildungsnahen Elternhäusern eine gute Bildung zu geben. Nach wie vor müssen insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Schichten Chancen im Bildungssystem eröffnet werden. Hierzu wäre die (Wieder-)Einführung eines Schüler/innen-BAföGs ein wichtiger Schritt.

Die Notwendigkeit einer Bildungsreform war nie größer! Wenn der Bildungsgipfel spürbare und vor allem nachhaltige Erfolge bzw. Verbesserungen bringen soll, muss er ein „Umsetzungsgipfel“ werden! Es müssen verbindliche Vereinbarungen und Zusagen darüber getroffen werden, wie zusätzliche finanzielle Spielräume erschlossen werden sollen, um die Bildungsaufgaben durch Bund und Länder zu schultern.

SABINE KIEL, Stv. GEW-Landesvorsitzende und ELKE MICHAUK, Sprecherin des Landes-ausschusses der Studentinnen und Studenten

Bologna Prozess

Bereits 1966 diskutierte der Wissenschaftsrat (WR) in (West-)Deutschland eine Zerteilung des Studiums in einen berufsqualifizierenden ersten Abschnitt für alle und einen weiterführenden forschungsorientierten Abschnitt für wenige Ausgewählte. 1997 wurde bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) eine Experimentierklausel zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen aufgenommen. Ein Jahr später, 1999, erließ die Kultusministerkonferenz (KMK) „Strukturvorgaben für die Einführung von Bachelor-/Bakkalaureus und Master-/Magisterstudiengängen“. Seitdem beteiligen sich mehr als 45 Staaten, die Europäische Hochschulrektoreninnenvertretung (EUA), die UNESCO, der europäische StudentInnenverband (ESU) und die Europäische Kommission (EC) an der Etablierung eines Europäischen Hochschulraums (EHEA). Ziel ist es, alle Studiengänge bis zum Jahr 2010 auf die neuen Abschlüsse umzustellen. Aus diesem Grund finden seither in einem zweijährigen Turnus Bolognafolgekonferenzen statt, um den Prozess voranzutreiben.

Hilfen für Studium und Referendariat

Der GEW-Landesverband bietet zwei Broschüren mit Tipps, Hinweisen und Hilfen für angehende Lehrkräfte an, die bereits auch für Lehramtsstudierende wertvolle Informationen und Materialien enthalten.

1. „Informationen für Lehreranwärterinnen und -anwärter, Referendarinnen und Referendare“
2. „Start in die Schule. Informationen für Neueingestellte“

Die Broschüren können über den GEW-Landesverband und über die örtlichen Geschäftsstellen kostenfrei bestellt werden. GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 33 80 40, E-Mail@gew-nds.de

Hochschulinformationsbüro:

Beratung vor Ort

An einigen Hochschulstandorten in Niedersachsen gibt es „Hochschulinformationsbüros der Gewerkschaften“ (HIB), die kostenlose Informationen und Beratung bei Fragen und Problemen bei Fragen rund um das Studium anbieten und Tipps über die Stipendien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geben.

Auch bei Kontakten zu Betrieben unterstützen die HIBs die Studierenden – egal ob es um Praktikumsplätze, Arbeitsverträge, Einstiegsgehälter oder ArbeitnehmerInnenrechte geht. Außerdem veranstalten sie Exkursionen oder Seminare zum Studium und Beruf.

Auf der bundesweiten Homepage (www.students-at-work.de) stehen weitere umfassende Informationen sowie eine Online-Beratung zur Verfügung.

HIB Braunschweig
Spielmannstraße 13, 38106 Braunschweig
kontakt@hib-braunschweig.de

GEW-Kontaktstelle im HIB
Tel. (05 31) 1 21 63 71
gew@hib-braunschweig.de
<http://www.gew.hib-braunschweig.de>

HIB Hannover
Conti-Hochhaus, Raum 129 (Mitteltrakt),
Königsworther Platz 1, 30167 Hannover
info@hib-hannover.de
<http://www.hib-hannover.de>

HIB Lüneburg
c/o AstA Universität Lüneburg
Scharnhorststraße, Gebäude 9
(1. Stock, links, Raum 107), 21335 Lüneburg
hib@uni-lueneburg.de
<http://www.hib-lueneburg.de>

HIB Oldenburg
ASTA-Trakt der Carl von Ossietzky-
Universität Raum M1 153, Tel. 04 41 / 7 98 29 10
hib_ol@gmx.de
<http://www.uni-oldenburg.de/hip>

HIB Osnabrück
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
hib.osnabrueck@dgb.de
<http://www.hib-os.de>



Foto: Sönke Volkmann

Hochschulinformationsbüro Braunschweig.

Studentische Tarifini

Bundesweit haben sich Studierende zusammengefunden und eine „Tarifvertragsinitiative studentischer Beschäftigter an den Hochschulen“ gegründet, die von der GEW und anderen Gewerkschaften und Organisationen unterstützt wird.
<http://www.tarifini.de>

Darüber hinaus gibt es auch landesweite bzw. örtliche Tarifinitiativen.

Kontakt für Niedersachsen:
Elke Michauk, lass@gew-nds.de

Die GEW bietet Rechtsschutz

Vor dem Hintergrund fehlender Zuständigkeit der Zentralstelle für Studienplatzvergabe (ZVS) für einen Großteil der Studiengänge und der Einführung hochschuleigener Zulassungsverfahren, werden zunehmend Gerichte in hochschulrechtlichen Streitfällen eingeschaltet. Aber auch darüber hinaus gibt es seit der Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen und dem Streit um die Richtigkeit von Prüfungsergebnissen immer wieder rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Studierenden und deren Hochschulen.

Kaufen kann man Gerechtigkeit nicht. Manchmal muss man sie erkämpfen.

Studierende sind in rechtlichen Verfahren in der Regel auf sich allein gestellt. Ein Wagnis vor allem

dort, wo die Erfolgchancen ebenso wenig abzuschätzen sind, wie die entstehenden Kosten. Gerichtsverfahren verschlingen schnell bis zu fünfstelligen Beträge.

Durch deine GEW-Mitgliedschaft kannst du auf kompetente juristische Unterstützung bauen und brauchst dir keine Sorge um entstehende Kosten – auch bei einem verlorenen Prozess – zu machen. Der GEW-Rechtsschutz – natürlich nach Rücksprache – übernimmt auch Rechtsanwalts honorare, Gerichtsgebühren und wenn notwendig auch Ausgaben für Gutachten.

GEW Niedersachsen, Landesrechtsschutzzentrale, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 3 38 04 27/22, E-Mail [@gew-nds.de](mailto:gew-nds.de)

Kooperationsstellen fördern den gesellschaftlichen Dialog der Hochschulen

In Niedersachsen gibt es an einigen Hochschulstandorten „Kooperationsstellen der Gewerkschaften“, die jeweils auf unterschiedlichen Wegen und mit regionalspezifischen Ansätzen den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis organisieren. Die Besonderheiten örtlicher Kontakte, unterschiedlicher Hochschullandschaften und die jeweilige Wirtschaftsstruktur sind zentrale Grundlage für die ver-

schiedenartigen Angebote und Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstellen.

Vor Ort werden Netzwerke initiiert und in ihrer Arbeit begleitet. Dies lässt Forschungsergebnisse und „Hochschulwissen“ für die Arbeitswelt transparenter und damit auch „nutzbarer“ werden. Umgekehrt suchen wir nach Wegen, „Praxiswissen“, Problemfeldern und Erfahrungen aus der Arbeitswelt eine ange-

messene Bedeutung in Forschung und Lehre zu geben.

Die Angebote der Kooperationsstellen schaffen Räume des Voneinander-Lernens. In gemeinsamen Projekten, Kongressen, Tagungen, Workshops, Seminaren und Vorträgen werden aktuelle Schwerpunktthemen aus der Perspektive der Arbeitswelt untersucht und im Kontext unterschiedlicher wissenschaftlicher Fächer und Schulen diskutiert.

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften an der TU Braunschweig
Konstantin-Uhde-Straße 4, 38106 Braunschweig
Tel. (05 31) 3 91 42 80, Fax (05 31) 3 91 42 82
E-Mail: koop-son@tu-bs.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Göttingen
Humboldtallee 15, 37073 Göttingen
Tel. (05 51) 39 74 68, Fax (05 51) 3 91 40 49
E-Mail: kooperationsstelle@uni-goettingen.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Hannover-Hildesheim
Schloßwender Straße 5, 30159 Hannover
Tel. (05 11) 76 19 145, Fax (05 11) 76 21 93 21
E-Mail: ines.plewe@zew.uni-hannover.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften an der Uni Oldenburg
Ammerländer Heerstr. 114-118, 26129 Oldenburg
Tel. (04 41) 7 98 19 29 09, Fax (04 11) 7 98 29 09
E-Mail: kooperationsstelle@uni-oldenburg.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Osnabrück
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Tel. (05 41) 3 38 07 18 14, Fax (05 41) 3 38 07 18 77
E-Mail: hgos@uni-osnabrueck.de

<http://www.kooperation-hochschulen-gewerkschaften.de>



Foto: Sabine Kiel

Studiengebührenprotest an der Leibniz Universität Hannover.

Mitmachen und was bewegen

Die GEW organisiert ihre Arbeit hauptsächlich nach Themen und Berufsfeldern. So gibt es auch für den Bereich Hochschule und Forschung (HuF) eine spezielle Arbeitsstruktur.

Vor Ort haben Gewerkschaftsmitglieder (Beschäftigte und Studierende) die Möglichkeit sich in Hochschulgruppen zu engagieren. An einigen Standorten gibt es darüber hinaus gewerkschaftsübergreifende Hoch-

schulgruppen. Im Vorstand der niedersächsischen GEW ist der HuF-Bereich durch das Referat „Ausbildung, Hochschule, Forschung“ sowie die Fachgruppe „Hochschulen“ vertreten. In diesen Gremien erfolgt die Koordination der inhaltlichen Arbeit auf Landesebene und es werden grundsätzliche Positionen diskutiert und erarbeitet. Die Studierenden werden in die Entscheidungsprozesse direkt einbezogen.



**Aktiv
werden!**

**Mitglied
werden!**

Monatlicher Beitrag für Studierende und für Referendarinnen und Referendare sowie Anwärterinnen und Anwärter 2,50 Euro
4,00 Euro

Näheres unter
<http://www.gew-nds.de/verwaltung.php>

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Landesverband Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: (0511) 33804-0
Telefax: (0511) 33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de

Lehrerinnen und Lehrer wachsen nicht auf Bäumen. Das ist doch allen klar, oder?

Allen, aber wohl nicht der Niedersächsischen Landesregierung!

Alle studentischen GEW-Mitglieder gehören automatisch dem Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) an und können hier mitarbeiten. Auf Bundesebene sind die LASSe im Bundesausschuss für Studentinnen und Studenten (BASS) organisiert. Themen sind i. d. R. aktuelle Probleme vor Ort, wie Verschärfung der Prüfungsmodalitäten, Demokratieabbau durch das Landeshochschulgesetz, Kürzungen im Hochschulbereich oder die Einführung von Studiengebühren sein. Zu diesen Themen werden an den einzelnen Hochschulstandorten Veranstaltungen organisiert.

Bildung erschöpft sich nicht in der Hochschule, darum solltest du kompetente Partner/innen finden – gerade auch für angehende Lehrer/innen und Studierende aus pädagogischen Arbeitsfeldern gibt es da eine besondere Adresse: die Bildungsgewerkschaft GEW, welche Studierenden und Beschäftigten im Bildungssektor eine starke Gemeinschaft bietet.

Du findest deine Ansprechpartner/innen beim Landesausschuss der Studenten und Studentinnen (LASS): Sprecher: Elke Michauk, lass@gew-nds.de oder bei der Hochschulgruppe bzw. Hochschulinformationsbüro (HIB) vor Ort <http://www.gew-nds.de/lass/hib.php>

Neben der Organisation von thematischen Veranstaltungen vor Ort organisiert die GEW Seminare, die sich an Studierende und Kolleg/innen richten, die einerseits die GEW kennen lernen und andererseits sich für ihre hochschulpolitische Arbeit schulen lassen wollen.

Das Programm umfasst ein vielfältiges Angebot an personengruppen-, themen- und organisationsbezogenen Seminaren. Diese werden in Abstimmung mit dem Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) entwickelt und gemeinsam mit kompetenten Teamerinnen und Teamern umgesetzt (www.studieren.gew.de/GEW-Seminare_fuer_Studentinnen_und_Studenten.html).

Hochschule und Forschung

GEW-AnsprechpartnerInnen gibt es in der Regel vor Ort. Am einfachsten man meldet sich beim Landesverband oder schaut auf der Homepage nach.

GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 33 80 40
E-Mail: email@gew-nds.de, www.gew-nds.de

Ferner gibt es beim Landesverband Niedersachsen die Fachgruppe „Hochschulen“, die sich mit der niedersächsischen Hochschulpolitik (www.gew-nds.de/ausbildung-hochschule/) auseinandersetzt.

Sprecherin: Sabine Kiel, s.kiel@gew-nds.de

Auf den Internetseiten der Fachgruppe Hochschule (<http://www.gew-nds.de/ausbildung-hochschule/>) kann man sich in den GEW-Hochschul-Newsletter eintragen.

Überdies gibt es auf Bundesebene einen Hochschul-Newsletter (<http://www.wissenschaft.gew.de/>).

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, (05 11) 3 38 04-0, info@gew-nds.de, www.gew-nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt

Verantwortlich: Sabine Kiel, stv. Vorsitzende, Joachim Tiemer (v.i.S.d.P.)

Redaktion: Sabine Kiel, Elke Michauk

Gestaltung: Kornelia Schick, Peine